



Freiburger Diskurse e.V. | Goethestraße 4 | 79100 Freiburg

Prof. Dr. Otmar Issing
c / o House of Finance
Goethe-Universität Frankfurt
Campus Westend
Theodor-W.-Adorno-Platz 3
60323 Frankfurt am Main

Ihr Interview vom 24.10.2020 in der Wirtschaftswoche

Freiburg, 4.11.2020

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Issing,

Sie haben dem Magazin „Wirtschaftswoche“ am 24.10.2020 ein Interview zur „Modern Monetary Theory“ (MMT) gegeben, in dem Sie vor den „Heilslehren“ der MMT warnen. Sie halten MMT für gefährlich, weil sie unweigerlich zu hoher Inflation und dann hoher Arbeitslosigkeit führe. Und in der Tat, vor der von Ihnen gelieferten Version der MMT kann man nur warnen. Man hat allerdings den Eindruck, dass Sie MMT im Wesentlichen aus der Zeitung kennen. Sie haben dieses Zeitungswissen mit ein paar Übertreibungen angereichert – und fertig war der Pappkamerad, auf den Sie feuern können. Müssen wir wirklich auf diesem Niveau in der Öffentlichkeit diskutieren?

MMT mag für viele irritierend sein, und alle geldpolitischen und fiskalpolitischen Falken wünschen sie natürlich zum Teufel. Sie müssen MMT nicht für richtig halten. Die Öffentlichkeit kann aber von Ihnen eine niveauvolle Auseinandersetzung mit MMT erwarten.

Wie sieht Ihre Karikatur von MMT aus? Erst würden Politiker aufgrund der neu gewonnenen Freiheit das Geld zum Fenster rauswerfen und bedienen all die Gutmenschenprojekte dieser Welt. Dann komme nach dem wahrscheinlich kurzen Ausgabenrausch der Kater. Immerhin bescheinigen Sie MMT, ein Therapeutikum in der Tasche zu haben: Bei Inflation werden die Staatsausgaben gesenkt und die Steuern erhöht. Naiv sei dies, wenn man glaubt, so Ordnung in die Wirtschaft zu bringen. Das Chaos sei sicher, weil maßvolles Fasten nach dem Feste nicht mehr zur Gesundheit beitragen könne. Die Rosskur sei angesagt: „Man stelle sich vor: Zunächst gibt es keine finanzielle Beschränkung für die Staatsausgaben, und dann sollen plötzlich nicht nur die Ausgaben der öffentlichen Hand beschränkt, sondern sogar Steuern erhoben werden, nur um Geld stillzulegen? Eine naivere Vorstellung des politischen Prozesses in einer Demokratie kann man sich kaum vorstellen. Und ab welcher Inflationsrate soll der Einzug von Geld starten, wo doch so viele bereits beschlossene wunderbare Projekte noch in der Pipeline sind? Inzwischen dürften sich die Inflationserwartungen bereits in Löhnen, Zinsen und zahlreichen

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Marcus Brian

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de



Vereinbarungen niedergeschlagen haben. Das Abstoppen eines einmal in Gang gesetzten Inflationsprozesses ist dann nur unter erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kosten möglich – nicht zuletzt steigender Arbeitslosigkeit.“

Eine geordnete Entwicklung der Wirtschaft scheint mit MMT also nicht möglich. Denn nach Ihrer Lesart folgt auf einen unvermeidlichen Ausgabenexzess der Verzichtsexzess. Wo aber fordert MMT auf, dass der Staat Geld ohne Sinn und Verstand unters Volk bringt? Ihr Kollege und ehemaliger Berater der Schweizerischen Nationalbank Prof. Baltensperger hatte bereits vor einiger Zeit in der „Ökonomenstimme“ die MMT kritisiert. Er warf MMT vor, sie ignoriere, dass die realen Ressourcen die Grenze der Geldschöpfung darstellten. Auf meinen Hinweis, dass genau diese Grenze doch immer wieder von MMT unterstrichen werde, teilte er mir mit, er habe das nicht gewusst und es würde doch auch gar nicht dazu passen, dass MMT dauernd Geld drucken wolle. Auch dies ein Beleg dafür, dass jemand etwas kritisiert, was er offensichtlich nicht kennt. Die Autorität des Autors soll ausreichen, um wieder Ruhe in den Karton zu bringen. Argumente auf diesem Niveau werden aber keine Ruhe bringen. Fake News haben eine kurze Halbwertszeit.

Es ist eine beliebte Kritik, dass MMT nichts Neues zu sagen habe. Ich kann nicht beurteilen, wieviel Neues die MMT liefert. Das interessiert mich auch nicht. Selbst wenn das einzige Verdienst der MMT darin bestünde, längst Bekanntes, aber Vergessenes wieder in Erinnerung zu rufen, dann wäre dies schon für die geld- und fiskalpolitischen Diskussionen wertvoll genug. In den letzten 50 Jahren haben Ökonomen sich selbst, aber vor allem Politikern versucht einzureden, dass ein Staat eine Budgetgrenze wie jeder private Haushalt habe und dass die Kapitalmärkte hoch verschuldete Staaten mit hohen Zinsen oder gar der Verweigerung einer Darlehensgewährung abstrafen würden. Haushaltsdisziplin war deswegen fast 50 Jahre lang das Gebot der Stunde – zumindest war das die Rhetorik der Stunde. Ein Ronald Reagan wusste trotz seiner Rhetorik genügend Geld für seine Rüstungspläne zu finden.

MMT hat mit diesen Mythen aufgeräumt und herausgearbeitet, dass ein Staat in seiner eigenen Währung nicht pleitegehen kann und dass ein bestimmter Schuldenstand eines Staates nie ein Ziel der Politik sein sollte. Der Schuldenstand ist ein Nebeneffekt staatlichen Handelns, und Schulden müssen nur reduziert werden, wenn die Notwendigkeit besteht, die Wirtschaft durch einen Einnahmenüberschuss des Staates (Steuern sind höher als die Ausgaben) abzukühlen. Allein diese Einsicht ist in unserer aktuellen Situation wichtig: Die Staaten dieser Welt geben zwar reichlich Geld aus, um die wirtschaftlichen Folgen der diversen Lockdowns abzufedern. Wenn sie sich aber gleichzeitig verpflichten, diese Schulden innerhalb bestimmter Zeiten – ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation - zurückzuführen, dann könnte ihnen MMT helfen, zu erklären, dass dies die falsche Herangehensweise ist. Wie gesagt, die Erreichung eines bestimmten Schuldenstandes darf niemals das Ziel einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik sein. Schulden belasten keine zukünftigen Generationen und können bei Bedarf immer von der Zentralbank übernommen werden.

Mir geht es in diesem Brief aber nicht darum, MMT zu erläutern. Das können andere besser. Mir geht es um die Implikationen von MMT für unsere Demokratie, und mir geht es vor allem um das undemokratische Staatsverständnis, das hinter Ihrem Wutausbruch durchscheint.

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Marcus Brian

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de



Der Traum vieler konservativer Ökonomen ist ein starker Staat, der sich darauf beschränkt, die Regeln für den Markt vorzugeben und für Ordnung unter den Marktteilnehmern zu sorgen. Ein solcher Markt bietet dieser Überzeugung nach die besten Steuerungsleistungen für eine Volkswirtschaft. Sobald der Staat durch Sozialleistungen oder Subventionen oder durch andere Interventionen ins wirtschaftliche Geschehen bestimmte soziale Gruppen bedient, wird er korrumpierbar und Opfer von Lobbyisten. Der Wert der Freiheit wird in diesem Marktverständnis hochgehalten, allerdings ist nur die wirtschaftliche Freiheit gemeint. Deswegen ist nur die privatwirtschaftliche Vertragsfreiheit vom Staat zu gewährleisten (und natürlich der Schutz des Bürgers vor einem übergriffigen Staat). Hayeks und Friedmans Sympathie, gar Bekenntnis zu Pinochet sind kein Zufall. Sie haben mit politischer Freiheit schlicht nichts am Hut. Diktatur ist gerechtfertigt, wenn sie die wirtschaftliche Freiheit gewährleistet.

Demokratie kommt deswegen in einem solchen Konzept nicht vor. Wenn man unter Demokratie die wie auch immer über Institutionen vermittelte Verständigung der Bürger darüber versteht, wie sie leben wollen, dann kann der Ökonom darüber nur den Kopf schütteln. Öffentlichkeit findet für ihn nur am Marktplatz statt, der Rest ist Privatsache. Eine Sphäre öffentlicher Verständigung existiert in der Welt des Ökonomen nicht. Sein reduktionistisches Weltbild wird ihm zum Verhängnis: Wenn es nur nutzenoptimierende Subjekte gibt, dann kann es keine Verständigung über gemeinsame Ziele geben, bei denen der eigene Nutzen zurücksteht oder mit anderen Interessen abgestimmt wird. Es gibt nur Machtkämpfe, Manipulationen, Durchsetzungen von Interessen und Vorteilsbeschaffungen.

Politik ist beides und in der öffentlichen Sphäre findet beides statt: Es geht nämlich immer um Macht und die Durchsetzung von Interessen gegen andere, es geht aber zugleich um Verständigung, Werte und Normen: Verkauft doch ein jeder seine Position als im besonderen Maße der Allgemeinheit dienend. Derjenige, der sich vors Publikum stellt und sagt, dass es ihm nur um seine Interessen geht, hat schnell verloren.

Der konservative Ökonom ist herzlichst dazu eingeladen, seine Sicht der Dinge darzulegen und für sein Konzept von Staat und Markt in der Öffentlichkeit zu werben. Auch wenn in den letzten 50 Jahren viele Staaten dem Rat des Ökonomen folgten und den Staat beschnitten, wird er auf Dauer (hoffentlich) aber keinen Erfolg haben – erzählt er doch nichts anderes als die Geschichte vom guten Herrscher, dieses Mal in der Gestalt einer vom Staat regulierten Marktwirtschaft, die keinen Einspruch oder Eingriff Dritter (Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Politiker, staatliche Institutionen) duldet oder dulden darf.

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass der gute Herrscher vielleicht gar kein guter Herrscher ist, kam es doch zu manchen Verwerfungen. Der Neoliberalismus hatte seine erste Heimstatt und sein Experimentierfeld in Chile. Man kann nur hoffen, dass die Entscheidung der Chilenen in diesem Herbst, die alte, von den Chicago Boys noch für Pinochet geschriebene Verfassung durch eine neue zu ersetzen, zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führt. Vielleicht wurde der Neoliberalismus in Chile nicht nur geboren, sondern wird er dort auch zu Grabe getragen. Sie können fragen, was hat das alles mit MMT zu tun. Der gute Herrscher konnte nicht nur deswegen so uneingeschränkt regieren, weil er die Untertanen mit guten Argumenten für sich gewonnen hatte. Er hatte auch ein massives Druckmittel: Wurde

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Marcus Brian

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de

doch – wie schon oben gesagt - von den Ökonomen kolportiert, dass ein Staat, der zu viele Schulden anhäuft und sich am Kapitalmarkt übernimmt, bald pleite und dem Goodwill der Kapitalmärkte ausgeliefert ist. MMT legt dar, dass dies schlicht falsch ist. Haben die Ökonomen dies wider besseren Wissens kolportiert? Es muss so sein. Denn einer der Einwände – neben „nichts Neues“ und „das ist doch keine Theorie“ – ist, dass es trivial sei, dass ein Staat in seiner eigenen Währung nicht pleitegehen kann. Man hat es also gewusst, aber verschwiegen. Der Wert einer Botschaft hängt immer von dem Kontext ab, in dem sie verkündet wird: Im Kontext jahrzehntelanger Lüge, dass ein Staat Haushaltsdisziplin zeigen müsse (in der Regel zu Lasten der unteren sozialen Schichten) ist dies keine Trivialität, sondern eine befreiende Botschaft.

Und was machen wir nun mit dieser Freiheit? Schüttet der Staat sein unerschöpfliches Füllhorn im ganzen Land aus, ohne an ein Morgen zu denken - wie Sie in Ihrer Karikatur von MMT behaupten? Wohl kaum! Es hat die Stunde neuer Institutionen geschlagen.

Das Niveau einer Demokratie kann man auch daran erkennen, wie sie mit Institutionen umgeht. Ängstliche Demokratien werden bestehende Institutionen nur ungern ändern – selbst wenn sie sich als dysfunktional erwiesen haben. Eine nicht gefestigte Demokratie wird zu schnell die Institutionen ändern und auch eher Gefahr laufen, Klientelpolitik zu betreiben. Vielleicht ist es eine entscheidende demokratische Kunst, Institutionen im rechten Maße stabil zu halten oder zu ändern oder zu gegebener Zeit über Bord zu werfen. Der konservative Ökonom und gefühlt alle deutschen Politiker klammern sich an die Schuldenbremse im Grundgesetz und halten die Unabhängigkeit der Zentralbank hoch, obwohl sich die Schuldenbremse als wirtschaftspolitischer Unsinn erwiesen hat (lesen sie nach bei MMT), und die Unabhängigkeit der Zentralbank hat ihre Funktion verloren, weil wir zumindest zurzeit keine inflationsfördernde Fiskal- und Lohnpolitik haben, gegen die die Zentralbanker mit all ihrer Unabhängigkeit opponieren könnten. Die Zentralbanker bitten ja förmlich darum, dass der Staat durch Löhne und Ausgaben die Inflation fördere – damit sie endlich wieder mit Zinserhöhungen gegenspielen können.

Wenn wir von MMT lernen können, dass nicht die finanziellen Ressourcen eines Landes beschränkt sind, sondern nur die realen Ressourcen, dann steht der Staat vor der Aufgabe, diese Ressourcen ohne Ansehung des dafür notwendigen Geldes für seine Gesellschaft „gut“ nutzbar zu machen und insbesondere brachliegende Ressourcen zu aktivieren. Er muss wissen, inwieweit diese Ressourcen schon vom privaten Sektor in Anspruch genommen werden. In welchen Bereichen muss die private Nutzung – aus welchen Gründen auch immer – durch ihn eingeschränkt oder gefördert werden? Wo muss er Ressourcen für sich selbst durch eigene Staatsunternehmen in Anspruch nehmen? Wo beauftragt er besser private Unternehmen für seine Zwecke? Welche Sozialtransfers sind richtig? Wie kann er die Lohnentwicklung in seinem Land durch gute Löhne im öffentlichen Sektor, einen Mindestlohn und andere Instrumente fördern? Wie können Länder und Kommunen ausreichend bedacht werden?

Das hört sich nicht sonderlich revolutionär an, und doch erfordert es ein anderes Denken als bisher, weil nicht mehr das Geld (mit dem man den Staat an die kurze Leine nehmen wollte), sondern die realen Ressourcen entscheidend sind.

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Marcus Brian

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de



Darüber lohnt es sich heute nachzudenken: Wie sehen diese Institutionen aus? Welche Rolle spielt die Zentralbank in Zukunft? Welches Maß an Unabhängigkeit – eines demokratischen Staates würdig – braucht die Zentralbank und wollen wir ihr geben. Welche Regeln müssen aufgestellt werden, damit der auch von Ihnen gerne ins Feld geführte ausgabewütige und offensichtlich nur mit der Bedienung seiner Klientel beschäftigte und deswegen verantwortungslos agierende Politiker nicht immer dann von interessierter Seite aus dem Hut gezaubert wird, wenn in der Öffentlichkeit über MMT debattiert wird – um eben diese Debatte zu beenden? Solche Politiker gibt es und gab es. Es ist müßig, die Frage lange zu diskutieren, ob Politiker nicht heutzutage mit einer Ausgabenschere im Kopf geboren werden und ob es dieses von konservativer Seite vorgebrachte Klischee in der Wirklichkeit im relevante Maße überhaupt (noch) gibt: Wir brauchen Institutionen, die uns vor Politikerwillkür schützen, damit auch Sie und andere, die die Inflation fürchten, sich mit der MMT anfreunden können. Das Management von realen Ressourcen anstatt Finanzplanung ist das Stichwort. Das Klischee der Politikerwillkür darf kein Vorwand dafür sein, dem Staat – und damit der Demokratie – seine Gestaltungshoheit nicht zurückzugeben. Wenn wir gerade bei Klischees sind: Das Geld des Staates hat ohne eine produktive Wirtschaft keinen Wert (es sei an die Anfrage an Radio Eriwan erinnert, ob es im Kommunismus noch Geld gebe. Die Antwort war: „Es gibt nur noch, nur noch Geld.“). Wenn es keine Bäckereien gibt, braucht der Staat kein Geld für Brötchen verteilen. Er muss dafür Sorge tragen, dass es Bäckereien gibt, wenn der Markt sie nicht von sich aus hervorbringt.

Aus der Vogelperspektive hört sich der Grundsatz einfach an: Verplane nur die Ressourcen, die in ausreichendem Maße vorhanden sind. Tatsächlich liegt der Teufel natürlich im Detail, und ist dies eine neue Herausforderung für den Staat, die er bei der notwendigen Umsicht meistern kann – und er kann es selbstverständlich meistern, hat er doch schon immer die realen Ressourcen eines Landes in Anspruch genommen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen ein bisschen die Angst vor MMT nehmen und würde mich freuen, wenn Sie sich an einer Diskussion daran beteiligen würden, wie eine demokratiekonforme Marktwirtschaft aussieht. Die marktkonforme Demokratie ist Geschichte.

Ich erlaube mir, diesen Brief zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß

Heinrich Röder

Vorstand

Freiburger Diskurse e.V.

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Marcus Brian

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de